

Ressort: Technik

Gesetz zur Bestandsdatenauskunft soll vor Bundesverfassungsgericht

Berlin, 05.05.2013, 13:21 Uhr

GDN - Nachdem der Bundesrat am Freitag das umstrittene Gesetz zur Bestandsdatenauskunft durchgewinkt hat, wollen seine Gegner nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Wie das Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" berichtet, wollen der Kieler Aktivist und Piraten-Abgeordnete Patrick Breyer und die Piraten-Datenschutzbeauftragte Katharina Nocun als Hauptbeschwerdeführer eine Sammel-Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe anstrengen.

Von Dienstag an soll es unter anderem über "bestandsdatenauskunft.de" möglich sein, mitzuzeichnen. Vertreten wird die Beschwerde durch den Anwalt Meinhard Starostik – der auch schon die Sammelbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung zum Erfolg führte. Datenschützer und Netzhistoriker kämpfen seit Wochen gegen das Gesetz, sie fürchten die Herausgabe persönlicher Daten auch in Bagatelldfällen wie Ordnungswidrigkeiten. Das Gesetz soll es Ermittlern erleichtern, Internet- und Handy-Nutzer zu identifizieren.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-13158/gesetz-zur-bestandsdatenauskunft-soll-vor-bundesverfassungsgericht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619